

1 **Zu TOP 8: Anträge**

2 **Antragsnummer: C1**

3 **Antragsteller: Frauen Union**

4 **Antragstitel: Service-Parkplätze in der Stadt Bonn**

5 Der Kreisparteitag möge beschließen:

6 Die CDU Bonn setzt sich über alle ihr möglichen Wege dafür ein, die Stadt Bonn und die von
7 ihr kontrollierten Unternehmen (z.B. SWB) zu Maßnahmen anzuhalten, die es
8 Wirtschaftsunternehmen ermöglichen, in der Nähe ihrer Kunden ihre Fahrzeuge legal
9 abzustellen. Dazu sollten „Service-Parkplätze“ in ausreichender Zahl eingerichtet werden, auf
10 denen Wirtschaftsfahrzeuge, die im Einsatz bei ihrer Kundschaft sind, (kostenfrei) für den
11 Zeitraum ihres Einsatzes parken können. Die Unternehmen erhalten von der Stadt Bonn auf
12 Antrag einen entsprechenden „Service Parkausweis“, der im Fahrzeug gut sichtbar hinterlegt
13 werden muss - ähnlich wie Bewohnerparkausweise -.

14

15 Begründung:

16 Diese „Service-Parkplätze“ schaffen legalen Parkraum für wichtige Wirtschaftsdienste, die
17 sonst lange Suchfahrten unternehmen müssten, was die Abgasbelastung erhöht und Kosten
18 (Arbeitszeit, Kraftstoff) verursacht. Gleichzeitig ist dies eine Wirtschaftsförderungs-
19 maßnahme, die verhindern soll, dass Unternehmen ins Umland abwandern oder die
20 Belieferung von Kundschaft in bestimmten Stadtvierteln Bonns ablehnen.

21 Durch die Einrichtung von Fahrradstraßen, die Ausweisung von Stellplätzen für Carsharing
22 Fahrzeuge und E-Lade-Säulen fallen immer mehr Parkflächen im Straßenraum weg. Schon
23 heute haben Lieferanten (z.B. Getränke-Lieferdienste, Paket-Boten), Handwerker und auch
24 Dienstleistungsunternehmen (z.B. mobile Pflegedienste, Hausdienste für Fußpflege,
25 Physiotherapie, mobile Friseure) immer größere Probleme, einen legalen Parkplatz für ihre
26 Fahrzeuge in Kundennähe zu finden.

27

28

Votum des Kreisparteitages:

29 **Verweisung des Antrages zur weiteren Prüfung und Einbindung an die**
30 **Stadtratsfraktion sowie in den Prozess Bonn 2030 und nach erfolgter Prüfung**
31 **weitere Schritte zu diesem Thema einzuleiten.**

32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58

59 **Antragsnummer: C2**
60 **Antragsteller: Frauen Union**
61 **Antragstitel: Grüner Strom durch Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Bonn**
62 Bestandserhebung – Flächenpotential – Installation
63

64 Der Kreisparteitag möge beschließen:

65 Die CDU Bonn setzt sich über alle ihr möglichen Wege dafür ein, die Stadt Bonn und die von
66 ihr kontrollierten Einrichtungen (SGB, SWB, VHS etc.) anzuhalten, auf den städtischen
67 Gebäuden schnellstmöglich Photovoltaik-Anlagen zu installieren.

68 Dazu sollte in einem ersten Schritt eine Bestandserhebung erfolgen.

- 69
- 70 • Welche Gebäude gehören der Stadt oder öffentlichen Einrichtungen, auf die die Stadt
71 Bonn Einfluss hat (z.B. Aufsichtsrat, Verwaltungsrat etc.)?
 - 72 • Welche dieser Gebäude haben bereits eine PV-Anlage?
 - 73 • Welche dieser Gebäude haben keine PV-Anlage, wären aber baulich/technisch
geeignet?

74 Im zweiten Schritt ist zu klären, wie diese Potenzialflächen optimal mit PV-Anlagen bestückt
75 werden könnten. Es ist zu prüfen, ob eine gleichzeitige Dachbegrünung sinnvoll wäre.
76 Ergebnis sollte eine Prioritätenliste sein, in welcher Reihenfolge die Umsetzung am
77 effizientesten erfolgen kann.

78 Im dritten Schritt sind die als effiziente Potenzialflächen ausgewiesenen Gebäude
79 schnellstmöglich mit PV-Anlagen auszurüsten.

80 Begründung:

81 Für die Energiewende ist Konsens, dass wir mehr grünen Strom erzeugen müssen. Die Stadt
82 Bonn mit ihren zahlreichen Gebäuden sollte da eine Vorbildfunktion übernehmen.
83 Die Energiewende hin zu mehr grünem Strom kann nur gelingen, wenn alle Akteure
84 Potenziale schnell nutzen.

85 Die Stadt Bonn hat bei den letzten Neubauten (z.B. neues Schulgebäude Bonns Fünfte) weder
86 PV-Anlagen installiert, noch Fassaden- oder Dachbegrünung umgesetzt. Diese Defizite
87 müssen schnellstmöglich korrigiert werden. Eine Konkurrenz zwischen Gründach und

88 Photovoltaikanlage gibt es auf Flachdächern nicht. Photovoltaik und Dachbegrünung führt im
89 Gegenteil sogar zu einer perfekten Symbiose: Der Kühleffekt des Gründachs verbessert den
90 Wirkungsgrad der Solarmodule.

91 Neben der klimaverbessernden Wirkung, kann die Stadt Bonn durch eigene PV-Anlagen auch
92 Energiekosten sparen.

93 Zudem sollte die Stadt als Vorbild fungieren, um Investoren und Privatpersonen an
94 praktischen Beispielen in der gesamten Stadt zu zeigen, was möglich ist und welchen Nutzen
95 die Maßnahmen für die jeweiligen Immobilienbesitzer stiften.

96 **Votum des Kreisparteitages:**

97 **Verweisung des Antrages zur weiteren Prüfung und Einbindung an die**
98 **Stadtratsfraktion sowie in den Prozess Bonn 2030 und nach erfolgter Prüfung**
99 **weitere Schritte zu diesem Thema einzuleiten.**

100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116

117 **Antragsnummer: C3**
118 **Antragsteller: Frauen Union**
119 **Antragstitel: Hitzeschutz in der Stadt Bonn**
120 Begrünung – Entsiegelung – Reflexion – Beschattung – Verdunstung
121

122 Der Kreisparteitag möge beschließen:

123 Die CDU Bonn setzt sich über alle ihr möglichen Wege dafür ein, die Stadt Bonn und die von
124 ihr kontrollierten Einrichtungen zu Maßnahmen zum Hitzeschutz anzuhalten.

125 So sollten schnellstmöglich:

- 126 • alle städtischen Gebäude mit einer Fassadenbegrünung ausgestattet werden
- 127 • alle Gebäude von Einrichtungen, die mit der Stadt verbunden sind (SGB, SWB, VHS,
128 Vebowag etc.) mit einer Fassadenbegrünung ausgestattet werden

129 Begründung:

130 In Städten steigen die Temperaturen. Das beeinträchtigt an immer mehr Tagen des Jahres die
131 Aufenthaltsqualität. Zudem führen extreme Temperaturen zu Leistungseinschränkungen und
132 gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis zu erhöhter Sterblichkeit. Die Kundenfrequenz in
133 der City ist an heißen Tagen nachweislich gesunken, das schadet dem innerstädtischen
134 Einzelhandel.

135 Die Stadt sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und Vorbild sein. Die Motivation privater
136 Investoren (Unternehmen wie private Eigentümer) wird besser gelingen, wenn es positive
137 Beispiele vor Ort gibt. So könnte die städtische Website zum Förderprogramm Begrünung mit
138 Fotos umgesetzter Maßnahmen in Bonn samt Kostenaufstellung praktische Hilfe bieten und
139 privaten Investoren die Entscheidung für Investitionen in Hitzeschutzmaßnahmen erleichtern.

140 **Votum des Kreisparteitages:**

141 **Verweisung des Antrages zur weiteren Prüfung und Einbindung an die**
142 **Stadtratsfraktion sowie in den Prozess Bonn 2030 und nach erfolgter Prüfung**
143 **weitere Schritte zu diesem Thema einzuleiten.**
144

145 **Antragsnummer: C4**
146 **Antragsteller: Frauen Union**
147 **Antragstitel: Mobilstationen besser planen**

148

149 Der Kreisparteitag möge beschließen:

150 Die CDU Bonn setzt sich über alle ihr möglichen Wege dafür ein, die Stadt Bonn dazu zu
151 bewegen, eine Evaluierung der Mobilstationen vorzunehmen und erkennbare negative Effekte
152 schnellstmöglich zu beseitigen.

153 Negative Effekte können sein u.a.:

- 154 • Schädigung von Einzelhandelsunternehmen wenn Fahrradabstellanlagen unmittelbar
155 vor dem Schaufenster platziert wurden
- 156 • Platzierung von Fahrradboxen an schlecht einsehbaren Stellen, so dass Vermüllung
157 eintritt und Drogenkonsumenten angelockt werden
- 158 • Platzierung von Car-Sharing-Parkplätzen vor dem Eingang zu Geschäften des täglichen
159 Bedarfs (diese Parkplätze sind für etliche Stunden blockiert, wo Kurzzeitparken
160 sinnvoller wäre)
- 161 • Platzierung der Stelen auf dem Gehweg und damit ungünstige Reduzierung der
162 Gehwegbreite
- 163 • Platzierung der Stelen in Kreuzungsbereichen, wodurch die Sicht für
164 Verkehrsteilnehmer eingeschränkt wird und die Unfallgefahr steigt
- 165 • Platzierung von E-Ladesäulen ohne Rücksicht auf die umliegende Bebauung (Einfahrt
166 zu Grundstücken werden eingeschränkt, Belieferung von Geschäften unmöglich
167 gemacht)

168 Begründung:

169 Die Stadt Bonn hat in den letzten Monaten an vielen Stellen im Stadtgebiet Mobilstationen
170 aufgestellt. An etlichen Stellen sind diese jedoch ungünstig platziert und haben negative
171 Effekte, die es zu korrigieren gilt.

172 „Mobilstationen gelten als sichtbares Element im Stadtbild, das für eine vorzeigbare Mobilitäts-
173 und Stadtentwicklungspolitik spricht, und somit die Attraktivität des Standortes erhöht.“

174 Quelle: mobil.nrw

175 Die markierten Vorteile sind an etlichen Standorten in der konkreten Umsetzung zu
176 Nachteilen geworden.

177 Mit öffentlichen Fördermitteln wurden aufwändig Installationen vorgenommen, die vielfach
178 zu Einschränkungen führen. Sowohl die wirtschaftliche Beeinträchtigung von Geschäften, wie
179 auch erhöhte Unfallgefahren oder Attraktivitätsverluste (Sicherheit, Sauberkeit etc.) sind
180 nicht hinnehmbar.

181 **Votum des Kreisparteitages:**

182 **Verweisung des Antrages zur weiteren Prüfung und Einbindung an die**
183 **Stadtratsfraktion sowie in den Prozess Bonn 2030 und nach erfolgter Prüfung**
184 **weitere Schritte zu diesem Thema einzuleiten.**